

Antifaschistische Stadtführungen. Kiel 1933-1945. Stationen zur Geschichte der Stadt im Nationalsozialismus. Kiel 1998

Inhaltsverzeichnis:

Inhaltsverzeichnis	S. 3
Vorwort	S. 5
Der Asche-Prozeß	S. 6

Route 1 - Antifaschistische Stadtrundfahrt, "Kiel im Nationalsozialismus"

Station 1a: Bücherverbrennung, Wilhelmplatz	S. 10
1b: Arbeitsamt, Wilhelmplatz	S. 11
Station 2: Ghettoisierung in Judenhäusern, Kleiner Kuhberg 25	S. 13
Station 3: Synagoge/Reichspogromnacht, Goethestraße 13	S. 14
Station 4a: Polizeipräsidium, Blumenstraße 2-4	S. 16
4b: Polizeigefängnis/Die Ermordung des Friedrich Schumm, Gartenstraße	S. 17
Station 5: Gewerkschaftshaus, Legienstraße 22-24	S. 19
Station 6: Machtübernahme im Rathaus	S. 20
Station 7: Universität, Schloßgarten	S. 21
Station 8: Kieler Hafen- und Werftenindustrie	S. 23
Station 9: Geheime Staatspolizei, Düppelstraße 23	S. 25
Station 10: Dr. Wilhelm Spiegel, Forstweg 42	S. 27
Station 11: ELAC und Hagenuk, Westring/Ecke Olshausenstraße	S. 28
Zwangsarbeit in der Rüstungsindustrie	S. 28
Station 12: Eichhof-Friedhof, Kopperpähler Allee	S. 30
Station 13: KZ am Russee, Rendsburger Landstraße	S. 32
Station 14: Sondergericht Kiel, Schützenwall 31-35	S. 34

Route II - Düsternbrook

Station 1: Institut für Weltwirtschaft, Hindenburgufer	S. 38
Station 2: Marienhalle, Düsternbrooker Gehölz	S. 40
Station 3: Hinrich Lohse/Oberpräsident, Niemannsweg 52	S. 41
Station 4: Geheime Staatspolizei, Düppelstraße 23	S. 42
Station 5: Gaupropagandaamt, Niemannsweg 160	S. 43
Station 6: Ernst Oberfohren, Bismarckweg 17	S. 44
Station 7: Tirpitzhafen, Hindenburgufer	S. 45
Station 8: Olympia-Hafen, Hindenburgufer	S. 47
Station 9: Landeshaus/Entnazifizierung in Schleswig-Holstein, Düsternbrooker Weg	S. 48

Route 111 - Widerstand, Verfolgung und Verweigerung

Station 1: Wolfgang Prehn/Landesjugendpastor, Klosterkirchhof 19	S. 52
Station 2: Ernst Barlachs "Geistkämpfer", Alter Markt	S. 53
Station 3: Johann Hinrich Clasen/Pazifist, Fleethörn 1-3	S. 54
Station 4: Minna H./Zeugin Jehovas, Waisenhofstraße 39	S. 55
Station 5: Wilhelm Kleineberg/Sozialdemokrat, Waisenhofstraße 20	S. 56
Station 6: Sozialistische Arbeiterjugend, Walkerdamm 2 a	S. 57
Station 7: Eheleute M., Papenkamp 17	S. 58
Station 8: Markus Jepsen/Kommunist, Harmsstraße 50	S. 59
Station 9: Dr. T./Staatsanwalt, Schützenwall 31-35	S. 60

Route IV - Jüdische Gemeinde Kiel

Station 1: Gustav Lask, Dänische Straße 30/32	S. 64
Station 2: Synagoge, Haßstraße 5b	S. 65
Station 3: Familie Schumm, Kehdenstraße 16	S. 66
Station 4: Lotti Huber, Holstenstraße/Faulstraße	S. 66
Station 5: Betsaal der Orthodoxen, Kleiner Kuhberg 25/Feuergang 2	S. 67
Station 6: Kurt Goldmann, Humboldt-Schule	S. 68
Station 7: Synagoge, Goethestraße/Ecke Humboldtstraße	S. 69
Station 8: Jakob Grubner, Kronshagener Weg 2	S. 70
Station 9: Israelitischer Friedhof, Michelsenstraße	S. 71

Abbildungs- und Fotonachweis: S. 72

Anmerkung der Redaktion:

Im Folgenden sind die vier Einleitungen zu den jeweiligen Stadtführungen abgedruckt.

Einleitung

Kiels wirtschaftliche und soziale Entwicklung ist einerseits durch die sozialdemokratisch orientierte Industriearbeiterschaft (insbesondere auf den Werften), andererseits durch die Kriegsmarine, deren Verwaltungsbeamte- und angestellte geprägt worden. Der Aufstieg von der kleinen Provinzstadt zur Großstadt hing eng zusammen mit der Marineaufrüstung im Kaiserreich: Die Werftindustrie boomte, neue Arbeiterviertel mußten entstehen (Gaarden-Ost, Kiel-Süd, Neumühlen-Dietrichsdorf) und der Zuzug der vielen Verwaltungsbeamten und städtischen wie staatlichen Angestellten prägte die Stadt.

Im "roten" Kiel, von dem die Revolution der Soldaten und Arbeiter im November 1918 ausging, standen sich dementsprechend eine stark politisierte Arbeiterschaft und die neue bürgerliche Mittelschicht gegenüber. Der alte Mittelstand der Selbständigen wie etwa Handwerker und Ladenbesitzer war hingegen unterrepräsentiert. Da es zudem im Bürgertum Kiels verpönt war, daß Frauen einer Arbeit nachgingen, lag die Frauenerwerbstätigkeit unter dem Reichsdurchschnitt.

Bei Kommunalwahlen gelang es den Sozialdemokraten zwar die meisten Stimmen auf sich zu vereinen und dadurch die stärkste Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung zu stellen. Die Wahlen für das Oberbürgermeisteramt verloren sie hingegen immer gegen einen Block der bürgerlichen Parteien. So stellten sie im wichtigerem Magistrat nur die Minderheit der Stadträte und die Mehrheit der Bürgerlichen verhinderte einen allzugroßen Einfluß der SPD auf die Stadtpolitik.

Nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg führten die Auflagen des Versailler Friedensvertrags zur Reduzierung der ansässigen Marine und zu einem vorübergehenden Stopp der Rüstungsaufträge. Die Stadt versuchte deshalb die wirtschaftliche Entwicklung auf nicht militärischen Gebieten voranzutreiben. Diese notwendige Umstellung gelang nie, so daß es immer wieder zu (Massen-) Entlassungen kam. So während der Inflation 1922/23, während der Werftenkrise 1926/27 und schließlich wieder mit Beginn der Weltwirtschaftskrise im Oktober 1929.

Als Folge davon mußte die Beamtschaft und auch die staatlichen und kommunalen Angestellten mit massiven Lohnkürzungen kämpfen, drohte den Arbeitern die Entlassung und den Selbständigen der finanzielle Ruin. Die Krise betraf insbesondere Frauen, weil diese zum einen größtenteils vom Arbeitslosenversicherungssystem ausgeschlossen waren, zum anderen in Berufsfeldern arbeiteten, wo verstärkt entlassen wurde. Zudem nahm in der veröffentlichten Meinung der Druck auf arbeitende Ehefrauen zu, wenn diese wie ihre Männer ebenfalls einer Erwerbstätigkeit nachgingen: Der "Kampf" gegen das "Doppelverdienertum" war ein Kampf gegen die Frauenerwerbstätigkeit.

Im Zuge der wirtschaftlichen und politischen Krise radikalisierte sich die bürgerliche Mittelschicht Kiels und stimmte bei den Wahlen immer mehr für die NSDAP. Die Industriearbeiterschaft blieb hingegen größtenteils der SPD treu, während viele Erwerbslose der KPD ihre Stimme gaben. 1933 war dann eine Mehrheit der Kielerinnen und Kieler für eine Regierung von Nazis und reaktionären Konservativen aus der DNVP. Selbst in den "roten" Arbeitervierteln fand sich eine nicht zu unterschätzende Minderheit (ca. 1/3 der Stimmen), die sich für ein solches Bündnis aussprach.

In der Stadt, von der im November 1918 die deutsche Revolution ausgegangen war, hoffte nun im März 1933 eine Mehrheit auf die neue, die "nationale" Revolution.

Einführung

Düsternbrook

Das Villenviertel Düsternbrook ist bereits Mitte des 19. Jahrhunderts zwischen der Kösterallee im Norden, Feldstraße im Westen, dem Klinikgelände im Süden und der Kieler Förde im Osten entstanden. Hier wohnte - und wohnt heute noch - die Kieler Oberschicht. 1930 lebten rund 5.000 Menschen in diesem Stadtteil, das waren gerade 2% der Kieler Bevölkerung. Mehr als die Hälfte der Einwohner/innen Düsternbrooks wurden in den Statistiken als "Angestellte" bezeichnet und waren überwiegend hohe Angestellte der Marine und der Universität. Weitere 30% waren Ärzte, Kaufleute und Juristen.

Anders als der angrenzende Stadtteil Blücherplatz war Düsternbrook Ende der zwanziger Jahre keine Hochburg der NSDAP. Aber die NSDAP konnte sich hier frühzeitig auf die sehr konservativen oder deutschnational gesinnten Angehörigen der Marine und der Universität stützen. Bei den Reichstagswahlen im Juli 1932 wählten dann im Vergleich zu den anderen Stadtteilen überdurchschnittlich viele Bewohner die NSDAP.

In diesem konservativ-nationalen Viertel lebten eine Zeitlang Opfer und Täter des Nationalsozialismus Tür an Tür:

Im Forstweg 42 lebte der jüdische Rechtsanwalt und SPD-Stadtverordnete Wilhelm Spiegel, am 12.3.33 in seinem Haus erschossen. Die jüdischen Kaufleute Lask und Leven, wohnhaft Forstweg und Reventloulallee, wurden am 10.11.38 auf dem Weg von ihren Wohnungen zum Gestapo-Hauptquartier in der Düppelstraße niedergeschossen und schwer verletzt. Der Literaturwissenschaftler Prof. Dr. Wolfgang Liepe, Moltkestr. 5, und der Sozialwissenschaftler Prof. Dr. Ferdinand Tönnies wurden von der Universität entlassen.

Auch der DNVP-Reichstagsabgeordnete Ernst Oberfohren, der 1933 unter nicht ganz geklärten Umständen erschossen aufgefunden wurde, lebte in Düsternbrook. Polizeipräsident Meyer-Quade fand hier ebenso sein Quartier wie der nationalsozialistische Oberpräsident Hinrich Lohse in seiner Dienstvilla am Niemannsweg 52. Die Gestapo zog 1936 in die Düppelstr. 23. Das Gaupropaganda- und Gaupresseamt war von 1938 bis 1945 im Niemannsweg 160 untergebracht.

Auch in diesem so vornehmen Stadtteil wurden die Opfer vertrieben, enteignet, getötet und die Nationalsozialisten machten sich breit.

Einführung

„Widerstand, Verfolgung und Verweigerung“

Der fehlgeschlagene Anschlag der Militärs um Graf Stauffenberg auf Hitler am 20. Juli 1944 wird bis heute von Konservativen aus Politik und Geschichtswissenschaft der BRD als Paradebeispiel des deutschen Widerstands gegen das Naziregime präsentiert. In der DDR hingegen stellte man den kommunistischen Widerstand in den Vordergrund, oftmals ungeachtet vieler Fehler und Fehleinschätzungen, die es in der Geschichte der KPD in diesen Jahren gegeben hat.

Es hat aber nicht nur diesen "Vorzeigewiderstand" der Nachkriegssysteme gegeben, nicht nur den bewußt politischen Widerstand v. a. der Arbeiterparteien, sondern auch Menschen, die an ihren religiösen oder ethischen Wertvorstellungen festhielten, sich dem totalitären Anspruch des Regimes entzogen und dadurch sehr schnell mit dem Regime und seinen Organen in Konflikt gerieten.

Das lag nicht zuletzt daran, daß ja die Nationalsozialisten bestimmten, wer als Gegner des Systems anzusehen war, und wer nicht. Zumindest zeitweise sahen die Nazis auch dort Regimegegner, wo keine waren. Erst durch die Verfolgung dieser vermeintlichen Gegner wurden diese zu wirklichen Gegnern des Systems (vgl. Station 4, Zeugen Jehovas).

Unser Rundgang berührt also nicht nur bewußten Widerstand und dessen Verfolgung durch die Nazis, sondern berichtet auch über Menschen, die lediglich für sich selbst ihre persönlichen Wertmaßstäbe bewahren wollten, dadurch zumindest die Grenzen nationalsozialistischer Normen durchbrachen und sich dann in bestimmten Situationen entscheiden mußten: beuge ich mich, oder verweigere ich mich mit allen zu befürchtenden Konsequenzen? Sich diesen psychischen Druck vorzustellen, unter dem einige Menschen standen, ist heutzutage nicht einfach.

Die hier dargestellten "Fälle" sind, bis auf einen, solche, die durch die Gestapo aktenkundig gemacht wurden, d.h. wir berichten hauptsächlich über Menschen, die aufgrund ihres Handelns in die Fänge der Gestapo gerieten. Sonst wüßten wir nämlich nichts über sie. Fälle, bei denen erfolgreich - d.h. ohne entdeckt zu werden - Widerstand oder Verweigerung hier in Kiel stattgefunden haben, sind - bis auf wenige Ausnahmen - niemals aufgeschrieben worden. Das liegt sicherlich nicht zuletzt an der Kontinuität der Stellenbesetzung in Justiz, Politik und Polizei nach dem II. Weltkrieg hier in Schleswig-Holstein und an dem politischen Klima des "Kalten Krieges" in den 50er und 60er Jahren.

Die jüdische Gemeinde in Kiel

Ende des 17. Jahrhunderts ließen sich erstmals Juden in Kiel nieder. Mit wachsender Bedeutung Kiels als Handelsplatz und als Reichskriegshafen nahm auch die Anzahl der jüdischen Bürger und Bürgerinnen zu. 1869 wurden die letzten Beschränkungen gegen Juden per Gesetz aufgehoben, praktisch bestanden aber Vorurteile und Benachteiligungen weiter. Trotzdem wurden viele von ihnen angesehene Bürger und brachten es zu Wohlstand und gehobener Stellung im öffentlichen Leben.

1933 zählte die Israelitische Gemeinde Kiel gut 600 Mitglieder, dies waren kaum 0,3 % der Kieler Bevölkerung. Die Mitglieder der Gemeinde hatten entweder die deutsche Staatsangehörigkeit oder waren sogenannte Ostjuden, die meist während und nach dem 1. Weltkrieg aus Galizien zugewandert waren. Zahlenmäßig hielten sich beide Gruppen in etwa die Waage. Die „Ostjuden“ waren größtenteils kleine Kaufleute, die in bescheidenen Verhältnissen im Gängeviertel (heute Ostseehalle) wohnten. Eindeutig besser gestellt waren die deutschen Juden, die teilweise Besitzer renommierter Geschäfte und Wohnhäuser waren und unter denen sich bekannte Ärzte, Rechtsanwälte und Lehrende an der Universität befanden.

Diese soziale Differenzierung findet ihren Ausdruck auch hinsichtlich des Glaubens: die „Ostjuden“ hielten sich an traditionelle Formen der Religionsausübung, was sich nicht zuletzt an ihrer Kleidung, Bart- und Haartracht erkennen ließ. Die deutschen Juden hingegen hatten sich nicht nur äußerlich angepaßt. Glaubensfragen traten bei ihnen meist in den Hintergrund, und viele waren mit einer Christin oder einem Christen verheiratet. Sie fühlten sich in erster Linie als Deutsche und waren in das Kieler Stadtleben weitgehend integriert.

Doch entsprechend ihrer rassistischen Ideologie verfolgten die Nationalsozialisten nicht nur die religiösen Juden. 1935 führten sie die "Nürnberger Rassegesetze" ein und danach wurden z.B. auch solche Christen verfolgt, deren Eltern oder Großeltern jüdischen Glaubens waren. Selbst nichtjüdische Ehepartner von „Juden“ waren betroffen. Somit waren in Kiel weit mehr als die Mitglieder der Israelitischen Gemeinde den Terror- und Verfolgungstaten der Nazis ausgesetzt